



**Abstimmung vom 28.9.2014**

## **Erneut keine Zustimmung zur Einheitskrankenkasse**

**Abgelehnt: Volksinitiative «Für eine öffentliche  
Krankenkasse»**

Matthias Strasser

---

**Empfohlene Zitierweise:** Strasser, Matthias (2019): Erneut keine Zustimmung zur Einheitskrankenkasse. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Wer in der Schweiz wohnt, muss seit 1996 eine obligatorische Krankenpflege-Grundversicherung abschliessen. Zugleich sind die privaten Krankenkassen verpflichtet, jede Person in diese Grundversicherung aufzunehmen (vgl. Vorlage 415). Nachdem ein Versuch, das aktuelle System zahlreicher privater Krankenversicherungen durch eine Einheitskasse zu ersetzen, 2007 gescheitert war (Vorlage 528), startet eine Koalition aus Linksparteien und Konsumentenorganisationen 2011 einen neuen Versuch: Sie lancieren eine Initiative für die Schaffung einer nationalen, öffentlich-rechtlich organisierten Krankenkasse, welche die Grundversicherung übernehmen soll. Die Initiative wird im Mai 2012 mit 115 841 gültigen Unterschriften eingereicht.

Der Bundesrat zeigt sich zu Beginn der Debatte um die Initiative bereit, einen Teil ihres Anliegens aufzunehmen, und gibt einen indirekten Gegenentwurf in die Vernehmlassung. Dieser sieht insbesondere einen verbesserten Risiko-Ausgleich, eine klarere Trennung von Grund- und Zusatzversicherung und die Einführung eines Hochrisiko-Pools für besonders teure Behandlungen vor. National- und Ständerat überweisen indessen fünf gleichlautenden Motionen der bürgerlichen Fraktionen, die eine rasche Abstimmung ohne Gegenvorschlag fordern. Auch das Vernehmlassungsergebnis fällt für den bundesrätlichen Gegenvorschlag durchgezogen aus. Der Bundesrat lässt in seiner Botschaft zur Initiative das Vorhaben eines Gegenvorschlags deshalb fallen.

In den Parlamentsberatungen betonen die Gegnerinnen und Gegner der öffentlichen Krankenkasse, das neue System würde zu Unsicherheiten und aufgrund des wegfallenden Wettbewerbs zu höheren Kosten führen. Zudem entfiere die Möglichkeit, bei Unzufriedenheit mit deren Leistungen die Krankenkasse zu wechseln. Die Befürwortenden argumentieren, die Initiative führe aufgrund wegfallender Marketing- und Wechselkosten zu Kosteneinsparungen von 300 bis 500 Millionen Franken und in der Folge zu tieferen Prämien. Gegen die Stimmen der linksgrünen Fraktionen empfehlen die Räte die Initiative schliesslich deutlich zur Ablehnung.

## GEGENSTAND

Die Volksinitiative «für eine öffentliche Krankenkasse» fordert die Einführung einer einheitlichen, öffentlich-rechtlichen Krankenkasse, welche durch Bund, Kantone sowie Versicherte und Leistungserbringer zu führen sei. Die Kasse soll für die kostenbasierte Festlegung einheitlicher Prämien pro Kanton sowie für deren Einziehung und für die Vergütung der Leistungen zuständig sein. Nicht Gegenstand der Initiative ist hingegen die Organisation der Zusatzversicherungen.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Abstimmungskampf wird bereits kurz nach Beendigung der parlamentarischen Beratung in der Frühjahrsession 2014 lanciert und fällt entsprechend lang, aber auch intensiv aus. Die Zusammensetzung der Lager und ihre Argumente entsprechen dabei weitgehend jenen in der parlamentarischen Beratung: Die Befürworterinnen und Befürworter, bestehend aus SP, GPS, CSP und EVP, erklären, mit der Initiative könne

der Prämienanstieg gedämpft werden. Alle anderen Parteien fassen auf nationaler Ebene die Nein-Parole. Sie betonen ebenso wie der Bundesrat, dass der Systemwechsel mit unkalkulierbaren Risiken verbunden sei. Zudem sei das Sparpotenzial gering, weil bereits im bestehenden System 95% der Grundversicherungsgelder für die Leistungserbringung verwendet würden. Aufgrund der Formulierung des Initiativtextes gehen die Gegnerinnen und Gegner zudem davon aus, dass die Initiative Rabatte für Kinder und junge Erwachsene verbiete, was die Befürwortenden jedoch bestreiten.

Eine Spaltung zeigt sich in der Branche der Leistungserbringer: Die Krankenkassenverbände Santésuisse und Curafutura sowie der Spitalverband H+ setzen sich gegen die Initiative ein – die Krankenversicherer steuern denn auch den Grossteil des Kampagnenbudgets der Initiativgegner bei. Auch der Versicherungsverband gibt die Nein-Parole aus. Für die Initiative setzt sich hingegen der Verband der Assistenz- und Oberärzte ein. Sie erhoffen sich von der Initiative mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten. Der Ärzteverband FMH beschliesst Stimmfreigabe.

## ERGEBNIS

Stimmvolk und Stände lehnen die Volksinitiative am 28. September 2014 mit einem Neinstimmen-Anteil von 61,8% ab. Dabei zeigt sich ein ausgeprägter Röstigraben: Während die Initiative in vier Westschweizer Kantonen eine Mehrheit findet (am deutlichsten im Kanton Jura mit 63,0% Ja), gibt es in der gesamten Deutschschweiz klare Nein-Mehrheiten. Besonders deutlich sagen die Kantone der Zentral- und der Ostschweiz Nein, angeführt von Appenzell Innerrhoden (81,7% Nein). Die Stimmbeteiligung beträgt 47,2%.

Laut VOX-Analyse ist das Abstimmungsverhalten von einem klassischen Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Entscheidendes Argument ist für beide Lager eine allfällige Wirkung der Initiative auf den Kostenanstieg: Ja-Stimmende sehen in ihr eine Möglichkeit, das Kostenwachstum zu bremsen, während ihr Nein-Stimmende dieses Potenzial absprechen.

## QUELLEN

Caroni, Flavia, und Sébastien Schnyder (2018). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative „für eine öffentliche Krankenkasse“ (BRG 13.079), 2011 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.7.2018.

Heidelberger, Anja, Alexander Arens und Adrian Vatter (2014). *VOX 116. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. September 2014*. Bern: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 28.9.2014 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 13.079).

Bundesblatt: BBl 2013 7929.